

MANIFEST DES VII LANDESWEITEN TREFFENS DER REDES CRISTIANAS (CHRISTLICHEN NETZWERKE)

Madrid 24. Oktober 2021

Am 23. und 24. Oktober haben wir das VII. Staatstreffen der Redes Cristianas abgehalten, bei dem wir über unser soziales Engagement in dieser postpandemischen Situation und auch über die Reform der Kirche nachgedacht haben. In beiden Fällen geht es darum, zu einem wirklichen Wandel beizutragen, der die Lebensqualität der von der gesundheitlichen und sozioökonomischen Krise am stärksten betroffenen Menschen und Gruppen verbessert und die Gemeinschaft der Gläubigen auf die geeignetste Ebene stellt, um sich an der sozialen Umgestaltung und am Aufbau eines neuen Wirtschaftsmodells zu beteiligen, das die Natur respektiert und das Leben in den Mittelpunkt stellt, um die Fehlentwicklung des kapitalistischen Systems zu korrigieren; ein Modell, das Ungleichheit und Armut erzeugt und den Planeten zerstört und eine unmenschliche und katastrophale Zukunft aufzwingt.

In diesem Sinne erklären wir:

1. Wir verstehen, dass **die Achtung der Natur und die Sorge um die Erde** grundlegende Elemente sind, um sich, wenn auch verspätet, einer neuen Ära zuzuwenden, in der der Kampf gegen den Klimawandel und für die biologische Vielfalt einen unaussprechlichen Horizont für den Aufbau einer neuen planetarischen Realität darstellt, die eine zerbrechliche Menschheit schützt, wie uns die Pandemie in ihrer härtesten Form gezeigt hat.
2. Wir sind der Meinung, dass sich die Behörden, aber auch andere gesellschaftliche Einrichtungen, entschlossen dafür einsetzen müssen, **die Missstände des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems, die die Umwelt schädigen und die Menschen ausbeuten, zu korrigieren**. Zu diesem Zweck ist es von entscheidender Bedeutung, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten befähigt werden und über ausreichende Kapazitäten verfügen, um die tatsächliche Politik durch ihren Druck und ihre demokratische Bürgerinitiative zu beeinflussen, die als Gegengewicht zu den Machthabern dient, die sich jeder öffentlichen und volksnahen Kontrolle entziehen.
3. Wir sind der Meinung, dass die schmerzliche Erfahrung der Pandemie mit einem enormen Verlust an Menschenleben, vor allem unter den am meisten gefährdeten Gruppen wie den älteren Menschen in den Heimen, uns deutlich zeigt, dass **ein gut ausgestattetes und effizientes öffentliches Gesundheitssystem** eine Grundvoraussetzung ist, um eine qualitativ hochwertige, menschliche und kompetente Pflege zu gewährleisten, um eine so kolossale Herausforderung wie die des Covid-19 zu bewältigen.
4. Wir glauben, dass es angesichts der bestehenden Ungleichheit und Armut, selbst in unserer ersten Welt, unerlässlich ist, ein Kriterium der **radikalen Solidarität** zu haben, das die Politik und die sozialen und menschlichen Beziehungen beeinflusst, nicht nur mit einem Wohlfahrtskonzept, sondern als Impuls für materielle Vorschläge, die soziale Projekte umwandeln, um einen Modellwechsel auf der Grundlage von Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit zu fördern. In dieser Frage schließen wir uns dem sozialen Diskurs von Papst Franziskus voll und ganz an, der soeben ein universelles Gehalt gefordert hat, um allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, ein Extrem, das sich mit unserer Option eines universellen Grundeinkommens bzw. eines wirksamen Instruments, das allen Menschen unabhängig von ihren Bedingungen das Recht auf ein Auskommen garantiert, voll und ganz deckt.
5. Wir unterstützen den sozialen Wandel hin **zu einem neuen Wirtschaftssystem**, da keine lindernde Maßnahme ausreicht, wenn sich das System an der Wurzel nicht ändert, obwohl wir schrittweise Veränderungen nicht ablehnen, wenn sie die am meisten gewünschten sozialen Ziele wie den Zugang zu angemessener Beschäftigung, angemessenem Wohnraum, solventen öffentlichen Diensten, hochwertiger Bildung für die gesamte Bevölkerung usw. realisierbar machen. Darüber hinaus fordern wir **eine integrative Migrationspolitik**, die die Menschenwürde achtet, sowie die Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen unter humanitären Bedingungen, die ihrer Notlage angemessen sind.

6 Wir erkennen **die wichtige Rolle der Frauen** bei dem von uns angestrebten sozialen Wandel. Ihre Befähigung führt zu einem wesentlichen Paradigmenwechsel. Wir sind auch sicher, dass ihre wachsende Führungsrolle zu einer anderen Situation beitragen wird, in der die Pflege zum grundlegenden Maßstab für kollektives Handeln wird und eine objektive Bewertung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung ermöglicht. Nur durch die Artikulation eines leistungsfähigen Pflegesystems, mit seinem Beschäftigungskontingent und seinen Ressourcen, wird es ein echtes Torpedo auf den herrschenden Neoliberalismus sein, so dass wir eher früher als später gemeinsam die Geißel überwinden, die auch Franziskus angeprangert hat: "Neoliberalismus tötet".

7. Wir spüren, dass auch die Frauenbewegung **eine Schlüsselrolle bei der tiefgreifenden Erneuerung der Kirche** spielen wird, obwohl die Entwicklung der Institution in diesem Bereich unerklärlich langsam und stark diskriminierend ist. Aber es besteht kein Zweifel daran, dass unsere Gemeinschaften und Gruppen christlicher Männer und Frauen an der Basis ein strategisches Zeugnis ablegen können, um diesen wesentlichen Wandel zu erforschen, damit der Austausch mit der heutigen Gesellschaft kohärent und konstruktiv ist. Wir können nicht verstehen, wie die Kirche in Bereichen wie Umwelt oder soziale Gerechtigkeit den Weg der Hoffnung öffnet, während sie der Gleichheit und der Achtung der Grundrechte der Frauen alle Türen verschließt.

8. Wir lehnen das Vorstrafenregister so vieler Ordensleute und Priester, die in **pädophile Verbrechen** verwickelt sind, entschieden ab. Wir sind uns der enormen Nachgiebigkeit und Vertuschung bewusst, die viele kirchliche Behörden in dieser Hinsicht praktiziert haben. Insbesondere bekräftigen wir, dass die spanische katholische Kirche in dieser Angelegenheit eine unerträgliche Nachlässigkeit an den Tag gelegt hat, die der Vatikan unverzüglich korrigieren muss und die auch die Zivilbehörden mit allen Konsequenzen aufklären müssen.

9. Als Mitglieder der spanischen Kirche schämen wir uns für das **Phänomen der Immatrikulation** von öffentlichem Eigentum durch die Kirche. Wir betrachten dies als einen wirklichen Raub von Gemeingütern und des Staates selbst und fordern ein dringendes und wirksames Eingreifen der Regierung, um zu verteidigen und dem Volk zurückzugeben, was allen Bürgern gehört. Von hier aus fordern wir die spanische katholische Hierarchie auf, unverzüglich und auf transparente Weise die immatrikulierten historisch-kulturellen Güter an den Staat zurückzugeben und diese schwerwiegende rechtliche und moralische Abweichung zu korrigieren, die im Widerspruch zu jeder christlichen und ethischen Vorbildlichkeit steht. In jedem Fall schlagen wir angesichts der Ernsthaftigkeit dieser Angelegenheit vor, im Jahr 2022 ein Treffen oder eine Generalversammlung einzuberufen, die allen Bewegungen, Gemeinschaften und Basisgruppen der Kirche in unserem Land offensteht, um sowohl die Frage der Immatrikulationen als auch andere Themen von besonderem Interesse zu behandeln, um auf eine Veränderung der kirchlichen Strukturen (z.B. Selbstfinanzierung) zu drängen, hin zu einer Gemeinschaft von Gläubigen, die frei sind und sich für ihr Volk einsetzen.

10. Wir begrüßen den von Franziskus in diesen Tagen eingeleiteten synodalen Prozess und haben als Redes Cristianas beschlossen, dem Synodensekretariat unseren Vorschlag einer "möglichen Kirche" zu übermitteln, der in mehr als einem halben Jahrhundert Erfahrung geschmiedet wurde.

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)